

Wahlkampf? Ja, bitte.

Reaktion auf das Streitgespräch zwischen Heinrich Schafmeister und Olaf Zimmermann

Das praktischste Beispiel einer guten Zusammenarbeit zwischen Politik und Kultur ist und bleibt für mich die gesetzliche Verankerung der Künstlersozialversicherung. Der sozialdemokratische Schriftsteller Dieter Lattmann hatte als Bundestagsabgeordneter 1981 die Initiative ergriffen und für die Idee einer minimalen sozialen Absicherung der Kulturschaffenden gekämpft. Seitdem machen tausende von Kreativen von diesem Angebot Gebrauch. Ein Angriff auf dieses Erfolgsmodell gegen Ende der letzten Legislaturperiode konnte abgewehrt werden. Lattmann war bewusst für eine demokratische Partei in die aktive Politik gegangen, hatte die Mühen der politischen Arbeit in Kauf genommen und keine Wahlauseinandersetzung gescheut.

Das Streitgespräch zwischen Heinrich Schafmeister und Olaf Zimmermann versucht sich an alten Fragen abzuarbeiten. Es geht um das spannungsvolle Wechselspiel zwischen Künstlern und Politikern. Wer Angst davor hat, durch die Begegnung mit Politikern als Alibi missbraucht oder in die undankbare Rolle des Hofnarren gedrängt zu werden, überschätzt Einfluss und Wertschätzung der Kultur in der Bevölkerung.

Ich selbst habe mich vorzugsweise im Niemandsland zwischen Politik und Kultur getummelt und dabei immer auf die Autonomie der beiden Bereiche bestanden. Spannend wird es für mich stets dann, wenn sich beide produktiv aneinander reiben. Aktuelle Beispiele sind die Auseinandersetzungen um das Urhebervertragsrecht und das Kulturgutschutzgesetz.

Die Bereitschaft zu Kompromissen gehört zum Wesen der demokratischen Auseinandersetzung, die künstlerische Produktion folgt dagegen anderen Regeln. Auch für Künstler gilt: Einmischung ist die erste Bürgerpflicht. Gefragt ist in erster Linie der Staatsbürger. Auch Künstler können sich entscheiden, ob sie sich in der Arena inmitten der Sägespäne ins politische Getümmel mit oft ungewissem Ausgang stürzen oder bloß auf den Zuschauerrängen ihre Wallungen ausleben wollen. Ich bin vor 56 Jahren bewusst einer Partei beigetreten, weil ich in konkretem Umfeld agieren und Mitverantwortung übernehmen wollte. Dabei habe ich schlechte, aber auch gute Erlebnisse gehabt. Das allgemeine Politikerbashing war mir immer zu dürftig.

Als wichtigste Erfahrung ist mir die heftige Auseinandersetzung um die Teilnahme deutscher Streitkräfte am Irak-Krieg in Erinnerung. Nach einem vorausgegangenen heftigen Streit mit Bundeskanzler Gerhard Schröder um politische Weichenstellungen fiel mir eine besondere Rolle zu. Ich sollte für ein kurzfristig anberaumtes Treffen im Kanzleramt etwa 20 Aktivisten aus Kultur und Wissenschaft vorschlagen. Das Votum aller Teilnehmer gegen eine Beteiligung war eindeutig. Gut möglich, dass wir bei unserem

Klaus Staeck - 1. September 2016

Gastgeber eine bereits angelegte Haltung nur verstärkt haben. Jedenfalls verkündete Gerhard Schröder tags darauf bei einer Wahlkundgebung in Goslar das Nein zur Beteiligung der Bundeswehr am Irak-Krieg.

Natürlich ist der beschriebene Vorgang ein einmaliges Ereignis. Aber warum sollten nicht gerade Künstler hin und wieder Leben in den oft grauen politischen Alltag bringen? Wie schafft man Lust auf Demokratie, jenseits der notwendigen Kompromisse? Einladungen muss man ja nicht annehmen, wenn man sich als Alibi für was auch immer missbraucht fühlt. Ich habe jedes Gespräch genutzt, um eigene Vorstellungen an den Mann oder die Frau im Politikbetrieb heranzutragen. Natürlich werden die Allmachtfantasien der Künstler auf direkte Einflussnahme selten befriedigt.

Autoren wie Heinrich Böll, Siegfried Lenz, Günter Grass und viele andere haben ihre Autorität und Popularität als Künstler ins Spiel gebracht, sowohl als Mahner, als auch als Wächter der Meinungsfreiheit. Sie haben sich auch nie gescheut, sich mit ihrer Kunst angreifbar zu machen, wenn es um direkte Einmischung ging. Von Günter Grass stammt der Satz: „Wer Angst vor dem Feuilleton hat, sollte kein Schriftsteller werden.“ Schließlich nimmt der Kunstfreund es noch oft genug übel, wenn sich Künstler mit ihrer Arbeit direkt in die Politik einmischen.

Es bleibt mühsam, Vertreter auf Zeit für die verschiedenen künstlerischen Organisationen zu finden. In einem Podiumsgespräch mit Erich Loest und jungen Autoren anlässlich des Jahrestreffens des Schriftstellerverbandes in Köln fiel der Satz: „Verbandsarbeit ist nicht sexy.“ So ist es - sie ist aber notwendig, wenn man sich nicht mit der allgemeinen Jammeriade begnügen will.

Oft genug werden politische Vorstöße als reiner Wahlkampf denunziert. Na und? Die Zeit vor Wahlen ist oder sollte die Zeit intensiver Auseinandersetzungen über die jeweiligen politischen Ziele sein. Gerade in Zeiten von anschwellendem Populismus klingt so ein Satz wie ein demokratischer Hilferuf. Mit Freunden habe ich mich unter dem Dach der Bürgerinitiative „Aktion für mehr Demokratie“ mit Lust und Phantasie in verschiedenste Wahlkämpfe gestürzt. Wir haben auf eigenes Risiko die größten Hallen der Republik gemietet und mit den vielfältigsten Angeboten unsere Vorstellungen von Politik und Kultur vermittelt. Es waren jedes Mal Feste der Demokratie. Ich möchte sie bis heute nicht missen.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat